

Gottfried Heller | Ulrich Horstmann | Stephan Werhahn

SOS

EUROPA

**Wege aus der Krise –  
ein Kompass für Europa**

Mit Beiträgen von Günter Ederer, Werner G. Faix,  
Gerd Maas, Gerald Mann, Stefan Remhof

Mit einem  
Vorwort von  
EU-Kommissar  
Günther  
Oettinger

FBV

*Der Jugend in Europa gewidmet,  
der nächsten Generation europäischer Bürger,  
für Freiheit, Demokratie und Wohlstand*

»Es wäre aus meiner Sicht wenig glücklich, wenn wir die Welt wieder in sog. ›Großräume‹ aufspalten wollten, die in sich selbst Genüge zu finden versuchten. Das würde die Spannungen selbst innerhalb der freien Welt noch verstärken. Eine Vielzahl von Nationalstaaten mag im Widerstreit der Interessen zu Reibungen, zu Spannungen und, wie wir erfahren haben, selbst zu kriegerischen Verwicklungen führen. Aber je mehr größere wirtschaftliche und politische Räume mit Machtanspruch auftreten, umso gefährlicher werden zwangsläufig die Gegensätze, wenn auch nicht von Anfang an der Wille zur Verständigung, zur Versöhnung und zur Zusammenarbeit lebendig ist. [...]

Wehe dem, der glaubte, man könnte Europa etwa zentralstaatlich zusammenfassen, oder man könnte es unter eine mehr oder minder ausgeprägte zentrale Gewalt stellen. Nein – dieses Europa hat seinen Wert auch für die übrige Welt gerade in seiner Buntheit, in der Mannigfaltigkeit und Differenziertheit des Lebens.«<sup>1</sup>

# ÜBER DIESES BUCH

Dieses Buch »SOS Europa: Wege aus der Krise – Ein Kompass für Europa« will den Leser aufrütteln und zugleich Mut machen: Terrorangriffe wie in Paris bedrohen das friedliche Zusammenleben elementar. Das stellt auch Europa und die Zusammenarbeit der Einzelstaaten vor ganz neue Herausforderungen.

Andere schlechte Nachrichten traten durch die Terroranschläge vorübergehend in den Hintergrund, so die ausufernden Rettungsprogramme, Staatsanleihenkäufe der EZB, die Risiken durch die Bankenunion, die anhaltend geringe Solidarität in der Flüchtlingskrise und die Rechtsverletzungen der Währungspolitik, auch zwischen Einzelstaaten. Sie verunsichern ebenfalls nach wie vor. Auch wir Autoren sind voller Sorgen.

Aber es gibt auch Ansätze und Konzepte, die Mut machen. Das ist die Leitidee für ein Institut wie das »Institut Europa der Marktwirtschaften«, welches an den aktuellen politischen Themen teilnimmt und den Diskurs mit klarem demokratischen und rechtsstaatlichem Kompass verfolgt.

Europa steht mal wieder – wie so oft in der Geschichte – am Scheideweg: Wollen wir ein zentralistisches kopflastiges Europa – bislang ohne einen Verfassungsauftrag – oder eine föderale, subsidiäre Union von weiterhin teilselbstständigen Nationalstaaten, Regionen und Kommunen mit klaren Zuständigkeiten?

Unseres Erachtens ist Europa nicht nur eine Ansammlung von Problemen, sondern – bei richtigen Maßnahmen und Schritten – auch die große historische Chance und Vision. Die aktuellen Diskussionen verstellen den Blick auf die historischen Wurzeln Europas, sich bietende Lösungsmöglichkeiten und langfristige Chancen. Die Demokratie, die angesichts vermeintlich alternativer Entscheidungen zur Euro-Rettung in den Hintergrund trat, und die freiheitssichernde Ordnungspolitik mit einer föderalen Ausrichtung sind neu zu entdecken.

Viele Fragen werden angegangen, z. B.: Welche ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und Verfassungsstrukturen braucht Europa? Wie kann der Wettbewerb in Europa wieder verbessert

werden? Besteht überhaupt der Wille zu einer wettbewerbsfreundlichen und föderalen Gestaltung Europas? Wie kann Europa gegenüber der globalen Konkurrenz künftig bestehen? Wie können die inneren und äußeren Spannungen, die Europa bedrohen, abgebaut werden? Wie entfesselt man Europa, um die digitale Revolution zu bestehen? Macht Europa seine »Hausaufgaben«? Was können die Bürger dafür tun?

Chancen liegen unseres Erachtens in einer **europäischen Politik der Marktwirtschaften**, die längst zu einem freizügigen und offenen Binnenmarkt mit klaren Wettbewerbsregeln und Rahmenbedingungen mit einer nachhaltigen globalen Verantwortung hätte werden können.

Wir möchten mit diesem Buch für eine **subsidiäre und markt-konforme Gestaltung Europas** werben. Dies sichert auch Freiheit und Demokratie – im Sinne der europäischen Gründungsväter Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi und Robert Schuman sowie von Ludwig Erhard. Ein so verstandenes Europa bietet u. E. enorme Möglichkeiten, vor allem für die Jugend, die nächste Generation europäischer Bürger.

München, im Mai 2016  
Gottfried Heller, Ulrich Horstmann und Stephan Werhahn  
mit Günter Ederer, Werner G. Faix, Gerd Maas, Gerald Mann  
und Stefan Remhof

## VORWORT VON GÜNTHER OETTINGER

Die Europäische Union als Friedensunion und Wertegemeinschaft ist nach wie vor ein Vorbild für viele andere Regionen in der Welt. Ein Vorbild für Befriedung durch Verrechtlichung und politische Integration auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer und rechtsstaatlicher Werte. Gleichzeitig kann die Europäische Union ihre Rolle in der Welt nur dann kraftvoll ausüben, wenn sie selbst wirtschaftlich stark bleibt. Die Kraft des Wirtschaftsmodells, das nach den Verträgen dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft folgt, muss im Zeitalter der Digitalisierung der globalisierten Wirtschaft jeden Tag neu errungen werden. Außerdem müssen wir heute bereits die Weichen stellen, damit Europa morgen und übermorgen in der Lage ist, seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen.

Die Welt durchläuft mit der Digitalisierung eine gesellschaftliche und industrielle Revolution. Europa darf die Chancen dieser Revolution nicht verschlafen. Zu viel steht auf dem Spiel. Denn die Digitalisierung birgt für Deutschland und Europa vielfältige Möglichkeiten, da wir über eine exzellente industrielle Basis verfügen. Es gilt heute, mit diesen Pfunden im internationalen Wettbewerb zu wuchern und sicherzustellen, dass wir durch beherrschte Fortschritte in Europa im Bereich »Industrie 4.0« im Bereich von Informations- und Datensicherheit und auch im Bereich von Cloud Computing den Investitionsstandort Europa stärken. Ziel muss sein, Wertschöpfungsketten und damit Arbeitsplätze und Wohlstand in Europa zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.

So wie der Erfolg des Binnenmarkts für Güter die Friedensunion, die Wertegemeinschaft und die Soziale Marktwirtschaft in der Vergangenheit wirtschaftlich beflügelt und getragen hat, so benötigen wir heute einen digitalen Binnenmarkt in Europa. Nur so kann Europa in der Zukunft sein Sozialmodell erhalten und seine Erfahrungen als Friedensunion und Wertegemeinschaft stark und glaubwürdig in die Welt tragen.

# EUROPA ERNEUERN MIT EINEM KLAREN ORDNUNGSPOLITISCHEN KOMPASS – PLÄDOYER FÜR EINE FÖDERALE UNION ZUR SICHERUNG VON FREIHEIT UND DEMOKRATIE. DEN EURO-ALBTRAUM BEENDEN – EUROPA ENTFESSELN (GOTTFRIED HELLER)

Im Zentrum des Europrojekts standen große Erwartungen an die europäische Wirtschaft, die dynamisch wachsen und mehr Jobs schaffen sollte. Dieser Anspruch wird durch die Schlusserklärung der Lissabon-Agenda großspurig auf einem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs am 22. und 23. März 2000 formuliert:

*»Die Union hat sich heute ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einen Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren Zusammenhalt zu erzielen.«<sup>2</sup>*

Diese nicht nur aus heutiger Sicht vermessen klingende Lissabon-Agenda sollte der Förderung von Innovation und Wirtschaftswachstum dienen und war als flankierende Ergänzung zum Euro gedacht, die ihre Wirkung zusammen mit der Gemeinschaftswährung entfalten sollte. Es herrschte Aufbruchstimmung: Der alte Kontinent sollte mit neuem Leben erfüllt und in Schwung gebracht werden.

Der Enthusiasmus war auch über den ganzen Kontinent hinweg hörbar, als am 1. Januar 2002 zur Einführung des Euro-Bargelds die neunte Sinfonie von Ludwig van Beethoven mit dem

Text von Schillers Gedicht »An die Freude« intoniert wurde. Diese soll als Europa-Hymne ein Symbol für die gemeinsamen Werte und die »Einheit in Vielfalt« sein.

Was ist aus dem Überschwang der Gefühle geworden?

Von 2000–2010, also während der Laufzeit der Lissabon-Strategie, brachte China ein astronomisches Wirtschaftswachstum von real 171 Prozent zustande. Die Wirtschaft der Welt wuchs im Durchschnitt um 47 Prozent, in Osteuropa um 45 Prozent, in Lateinamerika um 39 Prozent. Weit abgeschlagen wegen der schweren Immobilienkrise die Wirtschaft der USA mit einem Wachstum von 18 Prozent, danach die der EU mit 17 Prozent – und als einsames Schlusslicht die der Eurozone mit lediglich 12 Prozent. Selten lagen Wunsch und Wirklichkeit weiter auseinander, als es in Europa unter dem Euro der Fall ist.

Und wie steht es mit mehr und besseren Arbeitsplätzen?

In den Mittelmeerländern herrscht Massenarbeitslosigkeit. Im Dezember 2015 waren 24,5 Prozent der Griechen arbeitslos, in Spanien waren es 21 Prozent, in Portugal 12 Prozent und in Italien 11,5 Prozent. Noch schrecklicher sieht es bei der Jugendarbeitslosigkeit aus: Mit 49 Prozent ist in Griechenland fast die Hälfte aller Jugendlichen arbeitslos; ähnlich schlimm ist es in Spanien mit 46 Prozent, in Italien mit 38 Prozent und in Portugal mit 31 Prozent. Es ist eine Katastrophe: eine verlorene Jugendgeneration!

Die von der Politik erhoffte Aufbruchstimmung von 2000 hat sich ins Gegenteil – in eine Abbruchstimmung – verkehrt. Der Euro hat unendlich viel menschliches Leid und wirtschaftliches Unheil gebracht.



## GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH WOLLTEN DIE WIEDERVEREINIGUNG VERHINDERN

Um eine Antwort auf die Gründe für diese eklatante Fehlentwicklung zu finden, muss man um 25 Jahre zurückblicken und untersuchen, wie alles mit der Wiedervereinigung Deutschlands begann.

Als sie im Jahr 1989 in greifbare Nähe rückte, war dies weder für den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand noch für die britische Premierministerin Margaret Thatcher ein Anlass zur Freude. Mitterrand flog sogar in die Sowjetunion zu Staatspräsident Gorbatschow, um die Wiedervereinigung zu verhindern. Wäre da nicht der US-Präsident George H. W. Bush Sr. gewesen, hätten die »eiserne Lady« Thatcher und Mitterrand die deutsche Wiedervereinigung am liebsten verhindert. Thatcher lenkte schließlich ein mit den Worten:

*»Wir müssen uns an die Vorstellung gewöhnen, dass es in Europa künftig ein Land geben wird, das stärker ist als alle anderen.«<sup>3</sup>*

Für die Briten schied der Beitritt zu einer europäischen Währungsunion jedenfalls auf unabsehbare Zeit aus.

Ironie der Geschichte: Ausgerechnet Margaret Thatcher, die uns Deutschen nicht besonders gewogen war, sagte:

*»Wenn ich Deutsche wäre, würde ich die Bundesbank und die D-Mark auf alle Fälle behalten.«<sup>4</sup>*

Hätten die deutschen Politiker diesen wertvollen Rat bloß befolgt, dann wäre uns das heutige Schlamassel erspart geblieben.

Die französische Folgerung war genau umgekehrt. Frankreich setzte voll und ganz auf Europa, aber mit der Absicht, das erstarkende Deutschland politisch stärker einzubinden und den deutschen Schaffensdrang zu bändigen. Das Mittel dazu war, die D-Mark abzuschaffen und die in Europa dominierende Bundes-

bank zu entmachten. An deren Stelle sollte eine Gemeinschaftswährung und eine europäische Zentralbank gesetzt werden, die dem direkten Einfluss der Deutschen entzogen war. Welche Bedeutung Frankreich der mächtigen Bundesbank beimaß, zeigte sich daran, dass Mitterrand die D-Mark als »Force de Frappe« der Deutschen, also als deutsche »Atomwaffe«<sup>5</sup> bezeichnet hatte.

Es war für Frankreich zutiefst demütigend – ein Prestigeverlust –, wenn es wiederholt gezwungen war, den Franc gegenüber der D-Mark abzuwerten. Allein während Mitterrands Regentschaft geschah das zwei Mal.

Aber auch Kanzler Kohl lag daran, durch eine Einbindung und Verankerung Deutschlands in Europa alte Ängste der Nachbarländer zu dämpfen. Sein Traum war die Europäische Union – ein Bundesstaat –, eine romantische Vision, die niemand sonst mit ihm teilte. Kohl begründete die Einführung des Euro im Bundestag mit folgenden Worten:

*»Der Euro stärkt die Europäische Union als Garanten für Frieden und Freiheit. [...] Von der heutigen Entscheidung [...] hängt es wesentlich ab, ob künftige Generationen in Frieden und Freiheit, in sozialer Stabilität und auch in Wohlstand leben können.«<sup>6</sup>*

## FRANKREICH SETZTE SICH GEGEN DEUTSCHLAND DURCH

Beim EG-Gipfeltreffen in Maastricht vom 9.–11. Dezember 1991 hatte Kohl einem Zeitplan zugestimmt, den Mitterrand und der italienische Ministerpräsident Andreotti zu nächstlicher Stunde ausgeheckt hatten, nämlich der Bildung einer »Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion« (EWWU). Sie sollte spätestens im Jahr 1999 ihre Arbeit aufnehmen. Auf Kohls Anliegen, verbindliche, vertragliche Regelungen zu einer politischen Union festzulegen, gingen sie gar nicht ein. So musste Kohl sich mit der bloßen Einführung des Euro zufriedengeben.

Daher brüstete sich Mitterrand vor einer Gruppe von Kriegsveteranen mit den Worten, der Maastrichter Vertrag sei für Frankreich besser als der Vertrag von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg! (Dieser Vertrag war einer der wesentlichen Gründe, die letztlich zum Zweiten Weltkrieg führten.)

Über die politische Union gab es mit Frankreich keinen Konsens, damals nicht und heute auch nicht. Präsident Chirac sagte bei der Einführung des Euro später sogar:

*»Ich werde nicht akzeptieren, dass Europa sich in einen Superstaat verwandelt oder dass es seine Institutionen nach denen der Vereinigten Staaten formt.«<sup>7</sup>*

Es hat sich seit dem französischen Präsidenten De Gaulle an der französischen Außenpolitik nichts geändert: Der sprach nie von einem Bundesstaat, sondern von einem »Europa der Vaterländer«, einem lockeren Staatenverbund.

Das Motiv Frankreichs für die Beseitigung der D-Mark und die Einführung der Gemeinschaftswährung war schon seit De Gaulle, dass Deutschland nur eine »herausgehobene Junioren-Rolle« zukomme. Deutschland sollte zwar mächtiger sein als die anderen Staaten des europäischen Festlands, aber weniger mächtig als Frankreich. Als »Grande Nation« erhebt Frankreich den Anspruch der politischen Führerschaft. Daher muss es Deutschland überragen. Um das zu schaffen, gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Man versucht, durch eigene Leistung an die Spitze zu kommen. Das ist mühsam und anstrengend. Oder
2. Man bändigt den, der oben ist. Letzteres ist weit weniger mühsam, weil es nicht durch Anstrengung, sondern durch politische Schachzüge erreicht werden kann.

Daher ist es nur die halbe Wahrheit, wenn man sagt, der Euro sei ein politisches Projekt. Die ganze Wahrheit lautet: Der Euro ist ein politisches französisches Projekt zum Zwecke der Bändigung des teutonischen Tatendrangs.

Nehmen wir als Beispiel den Maastricht-Vertrag: Die Franzosen haben alle Verträge, die auf dem Papier durchweg die deutsche Handschrift trugen, brav unterschrieben:

1. Kein Land haftet für die Schulden anderer Länder (No-Bail-out-Klausel).
2. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist politisch unabhängig, und ihre Statuten entsprechen den strengen Regeln der Deutschen Bundesbank. Um die Bedenken der Deutschen, die mehrheitlich gegen den Euro waren, zu zerstreuen, siedelte man die EZB in Frankfurt an.
3. Das Budgetdefizit eines Landes darf 3 Prozent seiner Wirtschaftsleistung nicht übersteigen (eine Art Schuldenbremse). Seine Gesamtverschuldung darf 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts nicht übertreffen.

Danach sorgt man dafür, dass alle Südländer mit ins Boot kommen, auch unter Missachtung der Eintrittskriterien.

Bei der Frage, welche Länder der Währungsunion bei der Gründung angehören sollten, bestand Frankreich auf einem Sondergipfel der EU im Mai 1998 daher darauf, dass neben Deutschland, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Österreich und den Niederlanden auch Portugal und Spanien dabei sein müssten. Noch krasser war die Forderung des französischen Präsidenten Chirac, dass auch Italien mit einer Staatsschuldenquote von 120 Prozent und Belgien mit 130 Prozent, die die vorgegebene Höchstgrenze von 60 Prozent somit um das Doppelte übertrafen, gleich von Anfang an mit aufgenommen werden müssten. Frankreich, als eines der romanischen Länder, hatte ein starkes Interesse daran, weil es in den südlichen Nachbarländern natürlich Verbündete sah, und drängelte gemeinsam mit den Südländern, bis die Regierung Kohl nachgab.

Der Schulterchluss mit Frankreich war für Kanzler Kohl, ungeachtet deutscher Interessen, ebenso wie die Wünsche anderer EU-Regierungen, wichtiger. Für ihn bildeten Deutschland und

Frankreich einen Schicksalsbund, bei dem Paris der Vortritt gebührte. Es heißt, dass sich Kohl zur Regel machte, die französische Trikolore dreimal zu grüßen.

Für Kohl war der Euro der entscheidende Baustein für die Europäische Union. Für Chirac dagegen war der Euro, genauso wie zuvor für Mitterrand, nicht ein Schritt zum vereinten Europa, sondern ein Instrument französischer Machtpolitik, um die Dominanz der D-Mark zu beseitigen.

Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Alliierten im Zweiten Weltkrieg, Dwight D. Eisenhower, soll gesagt haben, französische Unterhändler zögen es vor, erst zu unterschreiben und dann zu diskutieren. Ganz in diesem Stil hat sich die französische Diplomatie bei der Einführung des Euro verhalten.

Mit der Aufnahme der hochverschuldeten romanischen Club-Med-Länder hat man, unter eklatanter Missachtung der Eintrittskriterien, den EZB-Rat majorisiert. Denn dort hat jedes Mitglied eine Stimme, Zwergstaaten wie Luxemburg, Malta oder Zypern genauso wie Deutschland.

## DIE BESETZUNG DER WICHTIGSTEN POSTEN DER EZB

Als Nächstes besetzt man alle Schaltstellen mit den eigenen Leuten. Der erste EZB-Präsident, der Holländer Wim Duisenberg, bekam auf massiven Druck der Franzosen nur eine halbe Amtszeit von 1998–2003. Dann kam der Franzose Jean-Claude Trichet bis 2011. Als Axel Weber, der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, der als Nachfolger Trichets vorgesehen war, wegen der Mehrheitsverhältnisse im EZB-Rat auf das Amt verzichtete, galt der Italiener Mario Draghi als neuer Favorit für diesen Posten.

Auch Angela Merkel unterstützte Draghi von Anfang an. Denn seine Vita las sich für sie als Idealbesetzung für das Amt. Als ausgebildeter Wirtschaftswissenschaftler lehrte er von 1975–1991 als Professor an diversen Universitäten in Italien. Von 1991–

2001 war er Generaldirektor des italienischen Finanzministeriums und von 2002–2005 Vice Chairman und Managing Director bei der US-amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs in London. Von 2006–2011 war er Gouverneur der Banca d'Italia, also der Präsident der italienischen Zentralbank.

Kurz: Er war erfahrener Investmentbanker und vor allem auch Zentralbanker mit dem Wissen aller Kniffe und Machenschaften bei der Banca d'Italia, die in Italien die Rolle des Staatsfinanziers spielt.

Als Beispiel sei genannt: Es wurde bekannt, dass unter der Führung Draghis als Gouverneur der italienischen Zentralbank die Bank Monte dei Paschi di Siena (MPS) riskante Geschäfte tätigte und die italienische Zentralbank noch im Oktober 2011 der strauchelnden Bank einen wertpapierbesicherten Kredit in Höhe von zwei Milliarden Euro gab, aber weder Öffentlichkeit noch das italienische Parlament darüber informierte. Durch diese geheime Rettung der MPS landete zweifelhafter Wertpapierschrott bei der Banca d'Italia, und die MPS erhielt dafür im Gegenzug Staatsanleihen, deren Zins- und Schuldendienst vom Steuerzahler getragen wird. Draghi legte damit den Grundstein für ein europäisches Schattenbankensystem unter Führung der nationalen Notenbanken – ein System, das hauptsächlich dafür geschaffen wurde, Geschäftsbanken und deren Eigentümer auf Kosten der Steuerzahler vor Insolvenz bzw. Verstaatlichung zu schützen.

Er wusste also aus seiner früheren Praxis, wovon er redete, als er am 26. Juli 2012, als die Existenz des Euro auf dem Spiel stand, wortgewaltig ankündigte:

*»Die EZB ist bereit, im Rahmen ihres Mandats zu tun, was immer nötig ist, den Euro zu erhalten«, und er schob noch die Drohung nach: »Und glauben Sie mir, es wird genug sein.«<sup>8</sup>*

Das war eine Bestandsgarantie für seine Landsleute und die übrigen Club-Med-Länder. Und wir wissen, was für einen früheren italienischen Notenbanker die Worte »im Rahmen unseres Mandats« und die Worte »Whatever it takes« bedeuten: Ihm ist jedes Mittel recht!